



Niederschrift über die Verhandlungen des
Gemeinderates

vom 23. September 1993

~~Öffentlich~~ Öffentlich

Gesamtzahl:

Vorsitzender:

40 Mitglieder - Abwesend:

OBM Dr. Weinmann

StR Selz, Hackert und Fuchs, P.
entschuldigt

StR Strobl, Scheuermann, Pahlke
Kübler und Stechele zeitweise

Beigeordnete:

BM Casse, BM Friese und BM Frey

Zur leitenden Bearbeitung bzw.
Durchführung des Beschlusses
an _____ 30

Heilbronn, den _____
Oberbürgermeister

- 285 -

Konzessionsvertrag mit der ZEAG

Auf die Niederschriften über die Verhandlungen des Verwaltungsausschusses vom 13. September 1993 -187 nö.- und des Wirtschaftsausschusses vom 15. September 1993 -134 nö.- wird verwiesen.

Den Mitgliedern des Gemeinderates sind der Bericht des Rechtsamtes vom 1. September 1993, ein Vertragsentwurf und ein Gutachten gemäß § 107 GemO als Gemeinderatsdrucksache Nr. 457 zugegangen.

Die Unterlagen sind als Anlagen 1 bis 3 angeschlossen.

Weiterhin hat jede Fraktion ein Exemplar der Konzessionsabgabenverordnung und des Stromeinspeisungsgesetzes erhalten.

Außerdem ist den Mitgliedern des Gemeinderates der Bericht des Rechtsamtes vom 15. September 1993 zu Gemeinderatsdrucksache Nr. 457 zugegangen.

Der Bericht zu Gemeinderatsdrucksache Nr. 457 ist als Anlage 4 angeschlossen.

Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde ein Schreiben des Bürgermeisteramtes -Dezernat II- vom 23. September 1993 und

als Tischvorlage ausgeteilt.

Das Schreiben des Bürgermeisteramtes -Dezernat II- und der Antrag der Fraktion der GRÜNEN sind als Anlagen 5 und 6 angeschlossen.

OBM Dr. W e i n m a n n verweist auf die zugegangenen Unterlagen.

StR S c h m i d t : Können Sie prüfen lassen, bei welchen Mitgliedern des Gemeinderates bzw. bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für diesen Punkt Befangenheit vorliegt.

Erster BM G r a u : Wir haben den Sachverhalt prüfen lassen, und es liegt keine Befangenheit vor.

StR L u t z : Unser Vertragspartner, die ZEAG, hat uns bisher eine gute und sichere Versorgung geboten. Mit der Preisgestaltung wie auch mit der Konzessionsabgabe waren wir zufrieden. Von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist bestätigt worden, daß der vorliegenden Konzessionsvertrag die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Stadt Heilbronn sowie ihrer Bewohner wahrt.

Der Vertrag hat einige Neuerungen und Erweiterungen vorzuweisen. Das Versorgungsgebiet wird durch die Stadtteile Kirchhausen, Frankenbach, Biberach und Horkheim ausgeweitet. Diese Gebiete wurden seither von der KAWAG versorgt. Wir gehen davon aus, daß die Übergabe von der KAWAG an die ZEAG eine reibungslose Prozedur sein wird, von der die Energieabnehmer nichts merken werden. Der Vertrag erlaubt der Stadt, für den Eigenbedarf elektrische Energie zu erzeugen und in das Netz einzuspeisen. Das ist eine neue Regelung. Die ZEAG zahlt für diesen eingespeisten Strom nach dem Stromeinspeisungsgesetz. Die Verwaltung hat in den Ausschußsitzungen die Berechnung der Höhe der Vergütung erläutert und wir halten sie für akzeptabel. Die von uns eingespeiste Strommenge ist im Vergleich zum Gesamtvolumen eher gering.

Bemerkenswert ist der § 7 des Vertragsentwurfes in Gemeinderatsdrucksache Nr. 457, auf den ich schon beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt eingegangen bin. In diesem Paragraphen ist eine Verpflichtung der ZEAG gegenüber der Stadt festgeschrieben, nämlich die Verpflichtung zur Energieberatung gegenüber allen Einwohnern und zur Umsetzung von Energieversorgungskonzepten. Diese Festschreibung begrüßen wir natürlich sehr. Wir werden mit Interesse verfolgen, wie sich das in der Zukunft entwickeln wird. Für die Zukunft wird gerade dieser § 7 für uns von großer Bedeutung sein.

Die §§ 9, 10 und 11 des Vertragsentwurfes muß man im Zusammenhang sehen. Sie regeln den Strompreis und die Höhe der Konzessionsabgabe. Die Laufzeit des Vertrages wird 20 Jahre betragen. Das hängt auch mit der Höhe der Konzessionsabgabe zusammen.

Wir stimmen dem von der Verwaltung formulierten und uns vorgelegten Vertragsentwurf zu. Die Leistungen und Tarife scheinen uns angemessen. Fragen und Anregungen sind nach unserer Meinung in den Ausschüssen und durch die zusätzliche Drucksache beantwortet und berücksichtigt. Wir sehen in dem vorliegenden Konzessionsvertrag einen für die Stadt annehmbaren Vertrag. Für unsere Einwohner weist dieser Vertrag günstige Konditionen auf.

StRin A l l i n g e r : Wir sind der Meinung, daß die Verwaltung einen ordentlichen Vertrag ausgehandelt hat und wir können dem Vertrag zustimmen. Etwas geärgert hat uns das überaus dürftige Gutachten, das uns zu diesem Vertrag vorgelegt worden ist. Wenn schon aufgrund der Vorschriften der Gemeindeordnung ein Gutachten vorgelegt werden muß, dann müßten auch inhaltlich wenigstens zu den wichtigsten Bestandteilen des Vertrages ein paar Aussagen gemacht werden. Das eine Blatt, das uns vorliegt, ist sehr dürftig. Unser Rechtsamt hätte dies sicherlich besser und billiger machen können.

Die Verwaltung ist der Auffassung, daß die Tarifgestaltung der ZEAG kein Regelungsgegenstand im Konzessionsvertrag sein kann. Dieser Ansicht können wir uns im Grundsatz anschließen. In der Zusatzdrucksache wurde auch noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß die ZEAG die Tarife inzwischen zu 80 % linearisiert hat. Das ist sicher ein Anreiz zum Stromsparen.

Andererseits möchte ich bei dieser Gelegenheit die ZEAG auffordern, auch den zeitvariablen Tarif auszuprobieren. In Freiburg hat man damit nennenswerte Stromeinsparungen erzielt.

StR S c h m i d t : Ich möchte auf die Anträge der Fraktion der GRÜNEN eingehen, die als Tischvorlage vorliegen. Beginnen möchte ich mit der Dauer des Konzessionsvertrages. Ich halte die Festschreibung auf 20 Jahre für schlichtweg als fahrlässig. Wir befinden uns vor einer Energierevolution, gerade was die Nutzung von Alternativenergien angeht. Wohl die Mehrheit des Gemeinderates will diesen Vertrag auf 20 Jahre festschreiben, um angeblich die maximale Konzessionsabgabe zu erzielen, was aber auch - zumindest theoretisch - bei einer kürzeren Laufzeit möglich wäre.

Zu Ziffer 2 unseres Antrages sind wir der Auffassung, daß endlich konkrete Schritte in die Wege geleitet werden müssen, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen. Die Atomenergie wird auf breiter Ebene - selbst in CDU-Kreisen - als Übergangstechnologie bezeichnet. Von der SPD hört man, daß der Ausstieg aus der Atomenergie bei der SPD absoluten Vorrang genießt. Die ZEAG bezieht im Moment 65 % ihres Strombedarfes aus Atomenergie und dies mit steigender Tendenz. Es sind keinerlei Ansatzpunkte erkennbar, um auch langfristig den Ausstieg aus der Atomenergie zu erzielen.

Der "Schrottreaktor" in Obrigheim, der seit fast 25 Jahren - das müssen Sie sich einmal vorstellen - ohne endgültige Betriebserlaubnis am Netz war, funktioniert angeblich einwandfrei, ist jedoch schon lange nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik. Das GKN II ist auf Sand gebaut und säuft langsam ab. Die geologischen Bedenken, die gutachterlich eingebracht worden sind und politisch übergangen wurden, werden jetzt bestätigt. Wir sehen unseren Antrag als die einzige kommunalpolitische Möglichkeit, um tatsächlich einen konkreten Schritt in Richtung Ausstieg aus der Atomenergie zu machen.

Energiepolitik - auch kommunale Energiepolitik - ist in einem hohen Maße ökologische Politik bzw. kann dies sein. Außerdem kann die Energiepolitik einen ganz entscheidenden Beitrag zur Luftreinhaltung und insbesondere zur Klimaverbesserung beitragen: "Global denken und lokal handeln". In keiner anderen Sache trifft diese Aussage so zu, wie in der Energiepolitik. Unsere Überzeugung ist, daß auch wir einen globalen Beitrag in unserem kommunalen Handeln leisten müssen, um kommunale und internationale Bestrebungen zu koppeln und die Klimaverbesserung insbesondere die Reduzierung des Treibhauseffektes zu erreichen.

Abschließend möchte ich festhalten: Wir verkennen nicht, daß mit diesem Vertrag einige punktuelle Verbesserungen erreicht werden. Jedoch gibt es auch Verschlechterungen. Da möchte ich beispielhaft die Einspeisung von Energie aus der Klärgasanlage nennen. In der bisherigen Regelung war die Einspeisung in Ausnahmefällen möglich. Künftig wird dies ausgeschlossen sein. Das ist einer der Hauptkritikpunkte. Diese Regelung können wir nicht akzeptieren.

Von der kommunalpolitischen Energiewende sind wir weit entfernt. Strommehrverbrauch wird trotz des 80 %igen linearen Anteils in der Tarifpolitik nach wie vor attraktiv bleiben. Das ist für uns nicht akzeptabel. Daher lehnen wir diesen Konzessionsvertrag ab.

StR D a g e n b a c h : Wenn man die Ausführungen zum Konzessionsvertrag hört, dann muß man sagen, daß letztenendes diejenigen daran schuld sind, die ihre Energiepolitik politisch über Jahrzehnte hinweg betrieben haben. Ich kann mich noch an die ersten Diskussionen über das Kernkraftwerk GKN I in Neckarwestheim erinnern. Damals wurde in der Anfangsphase behauptet, daß ein GKN II nicht realisiert wird. Jetzt haben wir doch ein GKN II. Den Leuten wurde Sand in die Augen gestreut, die Sachverhalte verschleiert und die Probleme heruntergespielt. Ähnliches ist auch im Fall Obrigheim geschehen. Im Fall Obrigheim hat man die Verantwortlichen nachträglich noch dazu zwingen müssen, daß sie Genehmigungsanträge nachreichen. In diesem Fall wird eine Verschleierungspolitik betrieben, die vor allem von den ursprünglich etablierten Parteien mitgetragen wird.

Ich gehe auch heute nicht damit konform, wenn schlichtweg behauptet wird, der Vertrag müsse deshalb 20 Jahre laufen, weil sonst die Konzessionsabgabe geringer ausfallen würde. Mir macht es nichts aus, ob der Vertrag 10 Jahre, 15 Jahre oder 20 Jahre läuft. Jedoch die Art und Weise, wie dieses Thema verkauft wird, paßt wunderbar zu dieser Verschleierungstaktik, die in diesem Fall durchgeführt wird. Deshalb werde ich dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN Ziffer 1 zustimmen. Ich möchte auch andere Mitglieder des Gemeinderates auffordern, diesem Antrag zuzustimmen, denn so kann es nicht gehen, daß man sich teilweise wie eine Art "Überamt" aufführt, das mit den Kunden umspringen kann, wie es gerade Lust hat.

StR Prof. Dr. D ö r r : Ich werde in meinen Ausführungen auf die beiden Gemeinderatsdrucksachen Nr. 457 und 483 zusammen eingehen. Die Thematik der Drucksachen hängt eng zusammen.

Wenn es die GRÜNEN schon im Jahr 1835 gegeben hätte, dann hätte die König-Ludwig-Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth am 7. Dezember 1835 ganz gewiß nicht "andampfen" können. Es wäre völlig unzumutbar gewesen, die gesamte Bevölkerung Frankens dem Siechtum des Delirium tremens auszusetzen. Nach der damaligen Zeitvorstellung müßte bei uns der Pendolino seit zwei Jahren laufen. Die Pioniere der König-Ludwig-Eisenbahn haben es damals geschafft, für die Planung, die Ausführung und den Erwerb der Bahnlinie nur ein Dreivierteljahr zu brauchen. Das war seinerzeit die erste Bahnlinie, die in Deutschland gebaut worden ist. So ändern sich die Zeiten.

Heute sind sicher andere Fragen aktuell, beispielsweise die Frage der Kernenergie, der Müllverbrennung, der Einlagerung von Rauchgasrückständen und vieles mehr. An all diesem wird

unsere Menschheit nach Meinung der Grünen noch kaputtgehen. In eine ähnliche Situation bringen uns nach Meinung der Energiesachverständigen der GRÜNEN auch das integrierte Energieversorgungskonzept und der neue Konzessionsvertrag mit der ZEAG.

Der erste Konzessionsvertrag - Herr Oberbürgermeister, verbessern Sie mich - wurde 1890 mit dem damaligen Elektrizitätswerk Lauffen/Heilbronn auf 50 Jahre abgeschlossen. Damals hatten unsere Altvorderen eben noch genügend Mut und Selbstvertrauen in eine bessere Zukunft der Energieversorgung. Immerhin war Heilbronn die erste Stadt auf der Welt, die durch eine großartige Pioniertat, die durchaus mit der Inbetriebnahme der ersten Eisenbahn zu vergleichen ist, mit Drehstrom versorgt worden ist. Damals waren die Installationen noch unzuverlässig. Ich selbst erinnere mich noch gut an die Zeit, in der Transformatoren hochgingen, die Controller in den Straßenbahnen brannten, die Oberleitungen abstürzten, Lampen explodierten und wie im Elektrizitätswerk in der Badstraße die Generatoren ausfielen. Dennoch war Heilbronn ganz vorne in der Akezeptanz der modernen Technik. Die Bremserhäuschen waren damals eben noch nicht besetzt.

Nun haben wir insgesamt 14 Zusatzanträge zu den von Fachleuten in monatelangem Aufwand erstellten und ausgehandelten Papieren vorliegen. Ich selbst bin seit 1950 in der Energiewirtschaft tätig. Auch ich habe die Papiere kritisch durchgesehen. Dabei konnte ich feststellen, daß es ordentliche Papiere sind. In bezug auf den Konzessionsvertrag möchte ich feststellen, daß dieser von seiten der Stadt tatsächlich bis zum letzten ausgereizt worden ist. Ich bitte zu bedenken, daß all die Vorteile für die Stadt Heilbronn letztendlich von den Bürgern und der Wirtschaft finanziert werden müssen. Ob dies bei der derzeitigen Lage unserer Wirtschaft sinnvoll ist, möchte ich bezweifeln. Schließlich haben wir in Heilbronn schon sehr hohe Leistungspreise.

Trotzdem werden die Freien Wähler beiden Vorlagen, so wie sie von der Verwaltung vorgelegt worden sind, zustimmen. Nicht verstehen können die Freien Wähler, daß die Verwaltung auf die 11 Zusatzanträge der Fraktion der GRÜNEN im Detail eingegangen ist. Wieviel wertvolle Zeit mußte dafür aufgewendet werden? Kann sich die Stadt ein solches Vorgehen in der heutigen Finanzlage überhaupt noch leisten.

Ich erspare mir, auf Details, wie z. B. Blockheizkraftwerke oder "Frankfurter Energiepaß" näher einzugehen. Ich habe lange darin herumgerechnet und weiß, was ich davon zu halten habe.

StR E d e l m a n n : Wir halten die schnelle Behandlung der Drucksache Nr. 457 nicht für richtig. Ich habe im Wirtschaftsausschuß die Vertagung beantragt. Das wurde jedoch abgelehnt. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man noch einige Änderungen zugunsten der Stadt einbringen könnte.

Die Stadt Heilbronn erhält pro Kilowattstunde, die ihr abgenommen wird, 3,91 Pfennige von der ZEAG. Jedem ist bekannt, wieviel Strom er zu Hause verbraucht. Er kann sich somit ausrechnen, wieviel Konzessionsabgabe die Stadt Heilbronn für seinen Verbrauch erhält. Das sind insgesamt 8,4 Millionen DM pro Jahr.

Herr Schmidt hat es vorhin versäumt, den dritten Antrag der Fraktion der GRÜNEN vorzulesen. Dieser Antrag lautet wie folgt: "Die Stadt Heilbronn wird Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte". Über 100 deutsche Städte, z. B. auch Schwäbisch Hall, und über 300 europäische Städte sind darin Mitglied. Der Beitrag beträgt 1 Pfennig pro Jahr und Einwohner. Für dieses Geld bekommen wir durchaus eine gute Dienstleistung geboten. Wir sollten diesem Bündnis beitreten.

StRin A l l i n g e r : Ich möchte noch einige Anmerkungen zu der Wortmeldung des Kollegen Schmidt machen. Natürlich sind wir auch für die Ablösung der Kernenergie, dies geht jedoch sicherlich nicht über den Konzessionsvertrag. Die ZEAG ist zum größten Teil nur Stromverteiler und erzeugt Strom nur zu einem geringen Teil selbst. Im Grunde genommen ist es einerlei, wie der Strom erzeugt wird. Auch wenn man Solarstrom oder Strom aus regenerativen Energiequellen zur Verfügung hat, muß dieser Strom verteilt werden.

In bezug auf die Dauer des Konzessionsvertrages möchte ich sagen, daß die Stadt Heilbronn durch ihre Beteiligung an der ZEAG jederzeit die theoretische Möglichkeit hätte, aus diesem Vertrag auszusteigen, wenn sie einen anderen Stromversorger zur Verfügung hätte.

Außerdem sind wir der Meinung, daß wir als Gemeinderat die ZEAG nicht verpflichten können, wie in Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der GRÜNEN beantragt, den Anteil der Strombeschaffung aus Atomenergie in höchstens 10 Jahren auf null zu reduzieren.

StR M ü l l e r : Ich kann mich noch daran erinnern, daß in den 70er Jahren alle großen Parteien ein Energiekonzept entworfen haben. Darin waren alle Energiearten, auch Kernkraft oder fossile Brennstoffe, enthalten. Aus gewissen populistischen Gründen sind einige Parteien von diesem Energiekonzept abgewichen, weil bei bestimmten Energiearten

populistischen Gründen sind einige Parteien von diesem Energiekonzept abgewichen, weil bei bestimmten Energiearten eben Unfälle geschehen sind. Man muß jedoch bedenken, daß wir jedes Jahr einen neuen Stand der Technik haben.

Wir werden es nicht fertigbringen, auf Jahrhunderte hinaus immer neue Energiekonzepte zu entwickeln, wenn ich mir überlege, daß wir noch ungefähr 100 Jahre Öl und Gas sowie 400 Jahre Kohle haben. Was geschieht dann? Mit dem Brennglas allein können wir die notwendigen Energien nicht bereitstellen. Welche Energieart wir dann dazu annehmen oder brauchen, ist eine andere Frage. Vielleicht ist das die Atomverschmelzung.

Diese Energiegewinnung hört sich gut an, hat jedoch auch ihre Nachteile. Wir kennen zur Zeit keinen Stoff, der 6 Millionen Grad Hitze aushält. Ob wir einen solchen Stoff finden, wird sich noch zeigen. Deshalb sollten wir wieder zu einem Konzept der Vernunft finden, in dem alle Energien, die wir benötigen, aufgenommen sind.

Wenn wir nicht genug Energie bereitstellen können, führt dies zu einer Verarmung der Bevölkerung. Das kann doch nicht das Ziel sein, daß wir ohne ausreichende Energie dastehen. Wir sollten uns alle Energiearten offenhalten. Der vorliegende Konzessionsvertrag ist daher vernünftig, da er alle Energiearten berücksichtigt.

StR D ö r n e r : Es gibt keine alternativen Energien. Da ist schon die Wortwahl falsch. Wir haben nämlich keine Alternativen, sondern nur verschiedenen Möglichkeiten, die alle ihren Beitrag zu unserem Energiekuchen liefern sollten. Wenn Herr Schmidt von der Revolution der alternativen Energien spricht, dann sieht das so aus, daß sich der BUND und die GRÜNEN in Norddeutschland vehement dagegen wehren, daß dort Windfarmen erstellt werden. Die Windfarmen würden so aussehen, daß ca. 1 000 Grobiane, die es schon lange nicht mehr gibt, aufgestellt werden müßten. Diese würden ungefähr 3 % des Strombedarfes decken. Das ist die Realität, die mir wehtut. Nachdem ich Wissenschaftler bin, werde ich das immer wieder sagen, daran führt kein Weg vorbei.

Wir haben keine Energierevolution. Wir haben nur die Möglichkeit, in anderen Bereichen additiv Energie zu gewinnen. Eine Möglichkeit wäre die Windanlage, die 3 % des Bedarfes abdecken würde. Irgendwann werden wir solche Anlagen haben, zwar nicht bis zur Jahrtausendwende, weil einfach zu viele "Grüne" dagegen sind.

Jede Energiegewinnung war in der Geschichte der Menschheit eine Übergangsenergie. Die Frage ist nur, wie lange dieser

nicht -, wird länger dauern, als wir uns das alle vorstellen, weil wir im Moment keine Revolution oder Alternativen haben. Die Nutzung der Kernenergie sieht so aus, daß die Franzosen z. B. zu 76 % ihren Strombedarf aus Kernenergie decken. Dort haben die "Grünen" auch die Forderung gestellt, den Anteil zu halbieren. Die Regierung wird sich das verbitten.

In der Bundesrepublik liegt der Anteil der Kernenergie bei 37 %. Ich kenne kein Konzept, das innerhalb von 5 oder 10 Jahren eine erhebliche Reduktion dieses Anteils in der Stromversorgung in der Bundesrepublik mit sich bringt.

Manche Leute behaupten, daß Blockheizkraftwerke die Revolution seien, um den CO₂-Ausstoß zu verringern. Das Ganze ist jedoch anders. Wenn wir nur noch Blockheizkraftwerke betreiben, d. h. kleinere Systeme, dann wird unterm Strich wahrscheinlich der Wirkungsgrad schlechter, weil man sich im klaren sein muß, daß jedes Blockheizkraftwerk davon lebt, den Wirkungsgrad anderen aufzubürden. Für eine Inselösung sind Blockheizkraftwerke hervorragend. Dabei kommen Sie rechnerisch auf 80 % oder 90 % Wirkungsgrad. Sie müssen aber immer eine Möglichkeit haben, die Überschußmenge an Wärme oder Strom woanders hinzubringen und einen Abnehmer zu finden. Das kann nicht gelingen, wenn alle Blockheizkraftwerke errichten. Daher leben sie auf Kosten anderer, wenn sie ein Blockheizkraftwerk installieren.

Ich weigere mich, diesem Klimabündnis der Städte beizutreten, nicht weil es Geld kostet, sondern weil damit wieder von Institutionen Geld gemacht wird. Einem solchen Bündnis ist man schnell beigetreten. Man muß uns jedoch Alternativen zeigen, wo man den CO₂-Ausstoß reduzieren kann.

Wie ist es mit der Energie überhaupt? 80 % der Energie wird von nur 20 % der Menschheit verbraucht. So in etwa sind die Relationen. Das bedeutet, daß 80 % der Menschheit nur 20 % der Energie zur Verfügung haben. Wenn wir dazu bereit wären, unsere Energiebedürfnisse zu halbieren, dann wären die anderen Länder noch lange nicht auf dem gleichen Niveau wie wir. Dazu ist jedoch von uns zur Zeit niemand bereit. Wenn wir die gesamte Menschheit auf unser Niveau bringen wollen, dann gehen wir einer Katastrophe entgegen.

Erster BM G r a u : Bezüglich der angeblichen Eile, die uns StR Edelmann vorgeworfen hat, möchte ich sagen, daß wir uns zumindest gedanklich seit Jahren mit dem Konzessionsvertrag befaßt haben. Es ist für die Verwaltung auch wichtig, daß ab und zu ein großes Thema, das wirklich sehr viel Kraft in der Verwaltung gebunden hat, vom Tisch kommt, damit man sich mit voller Kraft wieder dem nächsten zuwenden kann.

Fortsetzung zu Nr. 285 vom 23. September 1993

Deshalb sind wir sehr dankbar, wenn der Gemeinderat heute diesen Konzessionsvertrag beschließt.

Zu den Anträgen der Fraktion der GRÜNEN möchte ich auch noch Stellung nehmen. Als Grund für die lange Dauer des Konzessionsvertrages wurde die Höhe der Konzessionsabgabe genannt. Dies ist jedoch nur ein Aspekt, daß die Konzessionsabgabe bei einer kürzeren Vertragsdauer niedriger sein könnte. Der Hauptaspekt ist der, daß die ZEAG hohe Investitionen tätigen muß. Die ZEAG will in unserem Auftrag die Stromnetze in den vier Stadtteilen übernehmen. Diese Investitionen können in 10 Jahren nicht abgeschrieben werden. Die ZEAG benötigt eine längere Vertragszeit. Das ist unternehmenspolitisch notwendig. Mir ist auch nicht ersichtlich, was an der langen Vertragsdauer störend ist. Wir sind Hauptgesellschafter der ZEAG und können auch über unsere Beteiligung jederzeit auf das Unternehmen einwirken.

Der Antrag auf Reduzierung des Anteils der Strombeschaffung aus Atomenergie in höchstens 10 Jahren auf null hat mit dem Abschluß des Konzessionsvertrages nichts zu tun. Der Konzessionsvertrag ist eine Art Mautvertrag, in dem man dem Unternehmen das Recht einräumt, Leitungen in Straßen einzulegen. Dafür bekommt die Gemeinde eine Ausgleichszahlung. Somit kann man über diesen Antrag der Fraktion der GRÜNEN in diesem Zusammenhang nicht diskutieren.

Wenn die ZEAG keinen Strom vom Kernkraftwerk in Neckarwestheim beziehen soll, muß sie den Strom woanders zukaufen. Bei diesem Strom wissen Sie dann auch nicht, auf welche Art er erzeugt wurde. Außerdem muß man auch die betriebswirtschaftliche Situation beachten, daß nämlich zugekaufter Strom möglicherweise teurer ist, und somit dem Kunden Mehrkosten entstehen.

Bezüglich dem dritten Antrag der Fraktion der GRÜNEN kann ich mich den Ausführungen von StR Dörner anschließen. Wir haben keinen Bedarf an einer weiteren Mitgliedschaft.

OBM Dr. W e i n m a n n : Ich lasse nun getrennt über die Anträge Ziffern 1 - 3 der Fraktion der GRÜNEN, wie sie Ihnen mit der Tischvorlage zugegangen sind, abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen wird Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der GRÜNEN a b g e l e h n t .

Bei 4 Ja-Stimmen wird Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der GRÜNEN a b g e l e h n t .

Bei 7 Ja-Stimmen wird Ziffer 3 des Antrages der Fraktion der GRÜNEN a b g e l e h n t .

Fortsetzung zu Nr. 285 vom 23. September 1993

Bei 7 Ja-Stimmen wird Ziffer 3 des Antrages der Fraktion der GRÜNEN **a b g e l e h n t**.

OBM Dr. W e i n m a n n : Ich lasse nun über den Antrag der Verwaltung in Gemeinderatsdrucksache Nr. 457 abstimmen.

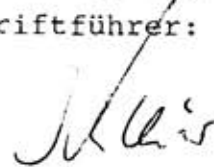
Bei 4 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung wird der Antrag der Verwaltung **a n g e n o m m e n**.

Somit ist

b e s c h l o s s e n :

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Konzessionsvertrag - Anlage 2 der Niederschrift - mit der ZEAG abzuschließen.

Für den Auszug!
Schriftführer:



Verteiler:

Akten

30

14

15 f. v. Ost. 1993

20

81

II